Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1,50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1,65 ℳ

„Die Neue Welt“ (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

[illegible] Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 30 ₰. Inserate für die [illegible] Nummer müssen [illegible] vormittags 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein. Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. [illegible]

Telephon-Nr. 1047. Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts. Telephon-Nr. 1047.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Nr. 223 Halle a. S., Freitag, den 23. September 1898. 9. Jahrg.

Den Reaktionären ins Stammbuch.

Das Organ der englischen Großbourgeoisie, der Economist, bespricht in einem Leitartikel das Genfer Attentat und sagt dabei u. a. folgendes:

„Der Tod der Kaiserin läßt die Streitfrage wieder aufleben, ob man eine internationale Aktion gegen die Anarchisten und, wie sogar angedeutet wird, gegen die eigentlichen Sozialisten einleiten solle. Für uns liegt diese Frage sehr klar. Wir sagen es ohne Umschweife heraus, daß die Sache der Freiheit in Europa ernstlich leiden würde, wenn die Schweiz wegen eines Verbrechens, das auf ihrem Boden begangen wurde, ihre stolze Stellung als Asyl aufzugeben gezwungen würde.

Nicht darum handelt es sich, ob solche Verbrechen gegen die Gesellschaft, wie die der Anarchisten, zurückzuweisen sind. Das ist selbstverständlich. Aber das ist die Frage, ob wir wohlbegründete Gesetze und eine wohlerwogene Politik umstoßen sollen, weil solche schrecklichen Ereignisse stattfinden. Wenn internationale Bestimmungen gegen bekannte Anarchisten und verdächtige Personen wirklich in Kraft gestanden hätten, hätte es der Kaiserin Elisabeth irgend etwas nützen können? Schließlich ist keiner von uns gefeit gegen Hirnverbrannte, Wahnsinnige oder Verbrecher; und wenn das vom gewöhnlichen Manne gilt, dann erst recht von Mitgliedern von Königshäusern oder von den Inhabern hoher und einflußreicher Aemter im Staatsleben ... Das war von jeher nicht anders und wird zunächst auch so bleiben. Keine Gesetze, keine Beschlüsse werden diese Thatsache ändern, und je schneller wir das einsehen, um so besser ...

Die Wirkung solcher internationaler Schritte, wie sie der deutsche Kaiser billigen würde, wäre nur, die Unzufriedenheit unter die Oberfläche zu treiben, und sie so noch gefährlicher zu machen, während man die Freiheit preisgeben würde, die von jeher erst mit hohen Opfern erkauft wurde.

Vielleicht zahlen wir für die Freiheit einen hohen Preis. Aber sind die Kosten des Despotismus nicht noch viel höhere? Fühlen wir uns in England, im freien Lande des politischen Asyls, nicht sicherer wie in Deutschland, wie in Rußland oder in Spanien? Wie viele Anarchisten erzeugt das freie England, und im Gegensatze hierzu das gewaltthätige und unterdrückerische Italien oder auch Spanien? Es ist wohl mehr wie Zufall, daß so viele Anarchisten gerade aus Italien stammen, wo von gesetzlicher Freiheit der Rede und der Vereinigung kaum irgendwie gesprochen werden kann. Offen gestanden, wir haben noch nichts davon gemerkt, daß das ewige Reglementieren und Spionieren auf dem Kontinent irgend etwas genutzt hat, außer die Krankheit immer tiefer in das Innere des Volkes zu treiben.

Was nötig ist, ist nicht: mehr Eingreifen und Beaufsichtigen, **sondern mehr Freiheit** — wenn die kontinentalen Regierungen das nur endlich einsehen wollten.“

So schreibt ein Organ der Hochfinanz in England. Man vergleiche demgegenüber das feige, bornierte Verhalten des deutschen Bürgertums und seiner Presse.

Bericht des Partei-Vorstandes
an den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 1898 zu Stuttgart.

II.

Auf dem Gebiete der Arbeiterorganisationen sind aus der letzten Zeit als Neuerungen die Arbeitersekretariate zu bezeichnen. In Berlin, Nürnberg, Stuttgart, München, Hannover existieren solche Institute bereits seit kürzerer oder längerer Zeit, in anderen Städten, so z. B. in Frankfurt a. M., bereitet man deren Einführung vor. Zur Wahrung der Interessen der Arbeiter auf den Gebieten des Arbeiterschutzes, der Arbeiterversicherung und des Koalitionsrechtes haben die neuen Institute sich überall als große Wohlthat für die ihr Recht verfolgenden Arbeiter erwiesen.

Lohnbewegungen von dem Umfange wie der Hamburger Hafenarbeiterstreik im vorigen Jahre sind aus dem letzten Berichtsjahre nicht zu verzeichnen. An Ausständen, welche sich auf kleinere Arbeitergruppen beschränkten, hat es aber auch in diesem Jahre nicht gefehlt, ja sie dürften sogar in zahlreicheren Fällen vorgekommen sein wie im Vorjahre. Wie immer, wurden diese Kämpfe mit wechselndem Glück geführt, doch dürfte im allgemeinen eine, wenn auch nur geringe Lohnerhöhung, vielfach erzielt worden sein.

Für die brutale Rücksichtslosigkeit, mit der der Kapitalismus alle Hindernisse beseitigt, welche sich der Profitschneiderei in den Weg stellen, sind recht charakteristisch die Vorgänge in den Kohlengruben am Piesberg bei Osnabrück. Diese Werke sind in den letzten Jahren nicht mehr so ergiebig gewesen wie früher. Um die Ausbeute zu steigern, ordnete die Werksleitung kurzer Hand an, daß die bis dahin gefeierten besonderen katholischen Feiertage in Zukunft in Wegfall zu kommen haben und an diesen Tagen gearbeitet werden müßte. Die katholischen Arbeiter, die durch diese brüske Anordnung sowohl in ihren wirtschaftlichen Interessen, wie auch in ihren religiösen Gefühlen auf das tiefste verletzt wurden, weigerten sich, der Anordnung Folge zu geben und legten die Arbeit nieder.

Obwohl nun ein kirchliches Interesse in Frage stand, die Ortsgeistlichkeit auch auf Seite der Arbeiter trat, die Leitung des christlichen Bergarbeiterverbandes die Berechtigung des Ausstandes anerkannte und Hilfe zusagte, von einer sozialdemokratischen Einmischung aber keine Spur vorhanden war, fuhr die gesamte Bourgeoisiepresse doch über die Streikenden her, als ob es sich um ganz — gewöhnliche Sozialdemokraten gehandelt hätte. Die Stumm-Presse schimpfte, wie sie seiner Zeit über die Streikenden im Ruhr- und Saar-Revier geschimpft hatte, die Regierungsvertreter stellten sich auf die Seite der Unternehmer und schließlich desavouierte auch der Bischof die niederen Geistlichen. So von allen Seiten verlassen, waren die armen katholischen Arbeiter bereit, sich ins Unvermeidliche zu fügen. Nun zeigte sich aber das Kapitalprotzentum ganz auf seiner Höhe, indem die Werkbesitzer erklärten, die Gruben wegen ihrer geringen Ertragsfähigkeit und den Arbeitern zur Strafe dafür, daß sie gewagt hätten, die Schonung ihrer religiösen Ueberzeugung und ihrer wirtschaftlichen Interessen zu verlangen, in Zukunft zu schließen. Hunderte von Arbeitern und ihre Familien waren mit diesem Protzenbeschluß mit einem Schlage brot- und existenzlos und genötigt, die Heimat zu verlassen, in der ihre Vorfahren und sie ihnen folgend, seit Jahrzehnten den Boden mit ihrem Schweiß gedüngt hatten. Die Kapitalistenpresse feierte diesen Beschluß in begeisterten Artikeln, weil durch denselben den widerspenstigen Arbeitern einmal recht deutlich und wirksam gezeigt sei, daß die Unternehmer „Herren auf ihren Werken“ sein wollen und daß sie mit ihrem Eigentum machen können, was sie wollen. Vertreter von Kirche und Staat billigten das Vorgehen der Unternehmer und hatten für die hilflos aufs Pflaster geworfenen Arbeiter höchstens öde Moralsprüche und Belehrungen darüber, daß man den „Brotherrn“ nicht unvorsichtig reizen soll. Für die katholischen Bergarbeiter dürften die Vorgänge am Piesberge ein Denkzettel sein, den sie nicht so bald vergessen werden.

* * *

Hervorgehoben zu werden verdient auch, daß nicht nur die Polizei und Verwaltungsbehörden sich einseitig im Unternehmerinteresse in die Lohnkämpfe mischen, sondern, daß auch in der Rechtsprechung immer mehr die Tendenz zur Geltung kommt, strengste Strafen gegen die Vergehen, die aus angeblichen Verstößen gegen den § 153 der Gewerbeordnung resultieren, in Anwendung zu bringen und in der Auslegung der Strafbestimmungen selbst über alle früher beobachteten Grenzen weit hinaus zu gehen. Vor allem hat auch im letzten Jahre wieder der berüchtigte grobe Unfugsparagraph auf die Lohnkämpfe eine Anwendung gefunden, die nur in der einseitigsten Auffassung weiter richterlicher Kreise ihre Erklärung findet. So wurde besonders vielfach der Versuch gemacht, das sogenannte Streikpostenstehen unter den Unfugparagraphen zu bringen und eine ganze Anzahl von Gerichten hat in diesem Sinne auch entschieden. Daß gerade damit den Arbeitern ein wesentliches Mittel zur Nutzbarmachung des Koalitionsrechtes genommen wird, ist sicher, aber das ist auch der unausgesprochene Zweck all dieser Maßnahmen. In für die Unternehmer erfreulichen Gegensatz zu dem Verhalten der Behörden gegenüber den gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter stehen die Maßnahmen derselben Behörden dort, wo es sich um die Durchführung von Bestimmungen handelt, die zum Schutze der Arbeiter aufgestellt sind. Das zeigt sich besonders bei der so viel umstrittenen Bäckerei-Verordnung aus der Zeit des Ministers von Berlepsch. Offen haben Bäckermeister-Vereinigungen erklärt, daß sie die Verordnung nicht beachten werden, von angesehenen Parlamentariern und ganzen Parteien wurden die Meister in diesen ihren Bestrebungen bestärkt und so ist es glücklich dahin gekommen, daß die Verordnung in der Mehrzahl der Bäckereien nur auf dem Papiere besteht. Von der Energie der Behörden aber, die überall gezeigt wird, wo es gilt angebliche Uebergriffe der Arbeiter abzuwehren, merkt man bei der Durchführung der Bäckerei-Verordnung nichts. Dasselbe gilt von den meisten zuständigen Behörden gegenüber der Durchführung der übrigen Arbeiterschutzbestimmungen. Wo aber die Aufsichtsbehörden wirklich zugreifen und Unternehmer, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, vor den Strafrichter bringen, geschieht es nicht selten, daß die Richter auf so minimale Strafen erkennen, daß dieselben in gar keinem Verhältnis stehen zu den Vorteilen, welche die Unternehmer aus der Mißachtung der Arbeiterschutzvorschriften ziehen. Die Klagen in den Berichten der Gewerbeinspektoren über diese Art der Rechtsprechung bilden eine stehende Rubrik. Der Umstand, daß unser höheres Beamtentum und besonders auch der Richterstand sich fast ausschließlich nur aus den Kreisen rekrutiert, denen auch das Unternehmertum entstammt, erklärt das feine Verständnis für die Interessen des letzteren in den Kreisen unserer Bureaukratie, während die Interessen, Bedürfnisse und die Gedankenwelt der Arbeiterschaft für diese Kreise meist ein verschlossenes Buch mit sieben Siegeln bleibt. Das erklärt auch das allgemein verbreitete und tief gewurzelte Mißtrauen der arbeitenden Bevölkerung gegen die gelehrte Rechtsprechung und die bureaukratische Verwaltungspraxis. Die Arbeiter haben die Ueberzeugung, daß dabei ihre Interessen zu kurz kommen müssen, weil niemand da ist, der sie kennt und sich zu deren Anwalt aufwirft. Wo dagegen die Arbeiter selbst mit zur Entscheidung durch ihre Vertreter berufen sind, wie bei den Gewerbegerichten und den verschiedenen Instanzen der Arbeiterversicherung, ist dieses Mißtrauen nicht vorhanden.

* * *

Der Strömung, die sich in der Verwaltung und Rechtsprechung gegen die Arbeiterbewegung kundgiebt, entspricht der viel erörterte Erlaß des Grafen von Posadowsky. Dieses vom 11. Dezember 1897 datierende Aktenstück, das durch Zufall zur Kenntnis der Redaktion unseres Zentralorgans Vorwärts gekommen und von diesem am 15. Januar 1898 veröffentlicht ist, zeigt mit aller wünschenswerten Klarheit, wohin der neueste Kurs der Reichsregierung steuert. Nachdem diese durch den Mund des neuen Staatssekretärs des Reichsamtes des Innern in der Reichstagssitzung vom 13. Dezember 1896 hatte erklären lassen, daß sie darauf verzichte, die wiederholt versprochenen und in früheren Sessionen teilweise bereits eingebrachten sozialpolitischen Gesetze wieder vorzulegen, da „die freudige Mitwirkung der Unternehmerklasse“ fehle, kündigte derselbe Redner gleichzeitig schärfsten Kampf gegen die Sozialdemokratie und deren „bewußte und unbewußte Mitläufer“ an. Daß man dabei alles als „sozialdemokratisch“ und deshalb verwerflich denunziert, was im Interesse der Arbeiter verlangt, von dem Unternehmertum aber bekämpft wird, ist eine altbewährte Praktik. Bei den Unternehmern am meisten verhaßt sind die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, weil sie eine Schutzwehr gegen brutale Vergewaltigungen und zugleich das Mittel bieten, die Unternehmer gegebenenfalls zu zwingen, günstigere Arbeitsbedingungen zu gewähren. Gegen diese Organisationen richtet sich nun der Geheimerlaß vom 13. Dezember 1896, der in den Vordergrund die Frage stellt, „ob nicht angesichts der durch die Arbeiterbewegung der letzten Jahre gelieferten Erfahrungen von der Gesetzgebung ein erhöhter Schutz gegen Mißbrauch der durch § 152 der Gewerbeordnung gewährleisteten Koalitionsfreiheit zu verlangen sei“?

Der weitere Inhalt ist im Sinne der Bejahung dieser Frage gehalten und er klingt schließlich aus in die Vorschläge, im Sinne der Vorlage der Gewerbe-Ordnungs-Novelle vom Jahre 1890 eine „Erweiterung der strafbaren Thatbestände sowie auch eine Verschärfung des Strafmaßes in Anwendung zu bringen. Insbesondere wird in dem Erlaß auch die Frage aufgeworfen, ob nach den „gemachten Erfahren ein Bedürfnis vorliege, bei Ausständen arbeitswillige Personen gegen den Terrorismus der Ausständigen und Agitatoren besser zu schützen und diejenigen zu strafen, welche, um andere von der Aufnahme oder Fortsetzung der Arbeit abzuhalten, Posten ausstellen, Arbeitsstätten, Zugänge zu denselben, öffentliche Straßen und Plätze (Bahnhöfe, Hafenplätze) überwachen; Arbeitswillige durch Reden oder Thätlichkeiten belästigen, ihnen das Arbeitsgerät rechtswidrig vorenthalten oder beiseite schaffen?“

Um diese Fragen in ihrer arbeiterfeindlichen Bedeutung zu erfassen, muß man die heutige Rechtsprechung auf Grund des § 153 der Gewerbe-Ordnung kennen. Existieren doch Urteile, die durch alle Instanzen Bestätigung fanden, wonach streikende Arbeiter, die ihren fortarbeitenden Kollegen zuriefen, sich ihres unkollegialen Benehmens zu schämen, wegen Drohung und Ehrverletzung zu mehrwöchentlicher Gefängnisstrafe verurteilt wurden. Uebrigens kennzeichnete der Staatssekretär die Abhängigkeit der jetzigen Reichsregierung von den Unternehmerverbänden selbst, indem er offen bekannte, daß man mit dem Erlasse einen Wunsch der Unternehmer erfülle und daß die arbeiterfeindlichste Stelle desselben einer Eingabe der Baugewerksmeister-Innung entnommen sei. In seinem Uebereifer, die Gunst des Unternehmertums der Regierung zu gewinnen, erklärte der Herr Staatssekretär sogar, daß er mit dem Erlaß als Wahlmanifest der Regierung vor die Wähler treten werde. Eine Ankündigung, die von unseren Genossen im Reichstag mit Beifall acceptiert wurde.

* * *

Der Hamburger Parteitag stand bereits unter dem Eindruck der bevorstehenden Reichstagswahlen, das zeigte die Thatsache, daß die Debatte über dieselben einen ungewöhnlichen Umfang annahm und fast drei Sitzungen hindurch die Delegierten beschäftigte. Die bevorstehenden Wahlen wurden in der Debatte als ein Gradmesser für den Stand unserer Partei bezeichnet und deshalb besonders verlangt, daß wieder überall, wo unsere Partei Anhänger hat, eigene Kandidaten aufgestellt werden sollen. Selbstverständlich wurden auch für die anstehenden Wahlen Kompromisse mit anderen Parteien abgelehnt, dafür aber eine Reihe von Bedingungen aufgestellt, nach deren Anerkennung von seiten eines gegnerischen Kandidaten bei Stichwahlen zwischen Gegnern wir unseren Anhängern empfehlen sollen, dem betreffenden Kandidaten die Stimme zu geben.

Unter Berücksichtigung der vorstehenden Beschlüsse und der Erfahrungen, die die Partei bei früheren Wahlen gesammelt hat, wurden seitens des Partei-Vorstandes alle nötigen Vorbereitungen getroffen, so daß unsere Wahlorganisation lange vor dem Schlusse der letzten Reichstagssession und der Ausschreibung der Neuwahlen fertig war. Nur in Bezug auf den „Bericht über die parlamentarische Thätigkeit des Reichstags“, der seit langen Jahren zu allen allgemeinen Wahlkämpfen unseren Agitatoren und Genossen geliefert worden ist, erwiesen sich die Vorbereitungen nicht ausreichend, insofern als die Vorarbeiten zu dem seit längerer Zeit bereits angekündigten sozialdemokratischen A-B-C Buch nicht zum Abschluß gebracht waren und das Buch deshalb nicht erscheinen konnte. Es mußte im letzten Augenblick Ersatz geschaffen werden, und durch das energische Zusammenwirken einiger Genossen ist es auch möglich gemacht worden, daß der Vorstand das „Handbuch für Sozialdemokratische Wähler“ unseren Agitatoren, Vertrauenspersonen und Wahlkomitees so rechtzeitig zustellen konnte, daß dieselben einen Leitfaden zur Wahlagitation an der Hand hatten.

Das bei den Wahlen 1893 zum erstenmale angewandte System, „die Zentralisation in der Parteiorganisation aufzugeben und die provinziellen oder Landesgliederungen, welche sich in den letzten Jahren gebildet haben, bei der Durchführung des Wahlkampfes in entsprechender Weise heranzuziehen“, hatte sich damals vorzüglich bewährt, und der Parteivorstand veranlaßte deshalb, daß auch dieses Mal wieder entsprechende organisatorische Einrichtungen, Zentral-Wahlkomitees &c. gebildet wurden. Gestützt auf die Erfahrungen bei der Wahl 1883 wurden einzelne Wahlkreise, die damals anderen Agitationsbezirken zugeteilt waren, von diesen abgezweigt und denjenigen Komitees unterstellt, zu denen sie geographisch günstiger liegen oder mit denen sie im Laufe der Jahre schon zusammen gearbeitet hatten. Neue Agitationsbezirke wurden dieses Mal gebildet für den Regierungsbezirk Oppeln mit dem Sitz der Leitung in Königshütte (Oberschlesien), Regierungsbezirk Arnsberg 1.–4. Wahlkreis, Zentral-Wahlkomitee in Hagen i. W.; Baden 8.–10. Wahlkreis, Sitz des Zentral-Wahlkomitees in Karlsruhe; Mecklenburg, Sitz des Zentral-Wahlkomitees in Rostock. Die bei der Wahl 1893 für den Regierungsbezirk Aachen und die Provinz Unterfranken mit Aschaffenburg eingerichteten Zentral-Wahlkomitees sind dieses Mal ausgefallen und der Regierungsbezirk Aachen dem Kölner Zentral-Wahlkomitee, von der Provinz Unterfranken die Wahlkreise Aschaffenburg und Lohr dem Zentral-Wahlkomitee in Frankfurt a. M. und die übrigen Kreise dem Zentral-Wahlkomitee in Nürnberg unterstellt worden.

Tagesgeschichte.

Keine Majestätsbeleidigung. Der gegen Liebknecht geplante Majestätsbeleidigungsprozeß hat nach der vor drei Wochen von uns gebrachten Mitteilung noch ein weiteres Stadium durchlaufen. Wie Liebknecht heute durch eine Zuschrift des Landgerichts Wiesbaden erfährt, hatte der Staatsanwalt sich bei dem ablehnenden Bescheide des Landgerichts Wiesbaden nicht beruhigt, sondern an das Oberlandesgericht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980923-13/fragment/page=0001
DFG

zu Frankfurt a. M. mit einem Rekurs gewandt. Aber auch hier hat er kein Glück gehabt. Sein Antrag ist auch vom Oberlandesgericht zurückgewiesen worden und die Sache nun endgiltig begraben.

Wegen Kaiserbeleidigung verurteilte die Strafkammer in Posen den 15jähr. Schuhmacherlehrling Kucharski zu einem Monat Gefängnis.

Wegen Beleidigung der Kaiserin war der Arbeiter Spitzmaul in Königsberg verurteilt worden. Das Reichsgericht hat seine Revision verworfen.

Wegen Beleidigung des Prinzregenten von Baiern verurteilte das Landgericht zu Würzburg den Schmied Wilhelm Schweitzer von Herbertshofen zu vier Monaten Gefängnis.

Vom deutschen Rechte. Was sich mit dem ambulanten Gerichtsstand der Presse machen läßt, hat neuerdings wieder eine Gerichtsverhandlung festgestellt. Der Redakteur des Regensb. Anzeigers sollte in Altenburg gepackt werden. Um nun zu beweisen, daß das genannte Blatt dort „verbreitet" ist, abonnierte der Kläger bei der Post und wies das Exemplar dem Gericht, so daß die Zuständigkeit des Altenburger Gerichtes gegeben war. Dem Kläger wurde nachgewiesen, daß das Blatt erst sechs Tage nach Erscheinen des fraglichen Artikels bestellt wurde, und somit die Zuständigkeit des Gerichts zu bezweifeln sei. Trotzdem aber wurde verhandelt, der Redakteur aber freigesprochen. Auf solche Art kann man freilich für die Zuständigkeit des Gerichts überall den Nachweis erbringen.

Es wird endlich Zeit, daß dieser, durch spitzfindige juristische Auslegungskunst geschaffenen Unsicherheit der Presse ein Ende gemacht wird.

Reif fürs Zuchthaus. Bereits während der letzten Reichstagswahlkampagne veröffentlichte Genosse Schwartz in Lübeck ein von einem Vorstande eines Metall-Industriellen-Verbandes an eine große Firma gerichtetes Schreiben, das wie folgt lautet:

Laut Beschluß der letzten Versammlung des Vereins .... Metall-Industrieller am Donnerstag, den 3. Juni, werden Sie hiermit ersucht den Former .... innerhalb 3 Monaten nicht zu beschäftigen, weil derselbe ohne allen Grund bei der Firma ... u. ... gekündigt hat, deshalb **die Vermutung naheliegt,** daß selbiger von irgend jemand aus Ihrem Betriebe dazu aufgefordert resp. ermuntert worden ist, dieses aber laut Protokoll-Beschluß und durch Unterschriften eines jeden Betriebes für unzuverlässig erklärt ist.

...., den 4. Juni 1897. J. A.:
(Unterschrift.)

Mit Vorstehendem erklären sich einverstanden
(folgt die Unterschrift einer Firma).

Also hierdurch wird ein Arbeiter, der weiter nichts gethan, als daß er „vermutlich" seine Lage verbessern wollte, mit dreimonatlicher Hungerstrafe belegt! Wartet nur, wenn das Zuchthausgesetz fertig sein wird!

Ein gräflicher Totschläger. Straßburg i. Elsaß. Die bereits gemeldete Tötung eines Sergeanten durch einen Säbelstich seines Rittmeisters im Biwak bei Hagenau betrifft den Sergeanten Robert Scheinhardt. Die Nachricht von der sofortigen Verhaftung des Grafen scheint jedoch auf einem Irrtum zu beruhen. Der hier erscheinende Elsässer teilt nämlich nach dem Bericht eines Augenzeugen mit, der Rittmeister sei am Tage nach der im Biwak verübten That, also nach dem bereits erfolgten Tode seines tödlich verletzten Opfers, an der Spitze seiner Schwadron durch Hagenau geritten und habe mit ihr in den Baracken des dortigen Schießplatzes Quartier bezogen.

Andererseits berichtet die Straßburger Post aus Saarburg, der Rittmeister Graf zu Stolberg-Wernigerode sei am Sonntag nachmittag, als er zum Besuch seiner Familie in Saarburg eintraf, von zwei Offizieren empfangen und sofort nach Straßburg verbracht worden. Aus der Thatsache, daß die hiesigen Tagesblätter, selbst diejenigen der Freisinndemokratie, über die Bluthat dieses „Edelsten der Nation" nur äußerst kurz berichten und sich jedes näheren Eingehens auf die bei anderen Gelegenheiten so weidlich ausgeschlachteten Details des traurigen Vorkommnisses enthalten, darf man wohl den Schluß ziehen, daß der militärische Vertuschungsapparat nicht erfolglos in Bewegung gesetzt worden ist.

Die nationalliberale Partei Preußens hat am Sonntag in Berlin ihre Landes-Versammlung abgehalten, natürlich hübsch hinter verschlossenen Thüren, um einen Wahlaufruf zu den Landtagswahlen zu beschließen, über dessen Inhalt die Nat. Ztg. sagt:

„Der Aufruf, welcher die Haltung der nationalliberalen Partei in der Vergangenheit erörtert und die zunächst in Preußen zu lösenden Aufgaben hervorhebt, weist auf die Notwendigkeit hin, unter Aufrechterhaltung der Toleranz und Gleichberechtigung des Staatslebens gegen die vom Ultramontanismus nach wie vor drohenden Gefahren zu schützen und andererseits diejenigen Gefahren abzuwehren, welche von einer konservativen Mehrheit drohen würden."

Daß die letztere Absicht nicht sonderlich ernst zu nehmen ist, erhellt aus einer Auslassung des Hann. Cour., der ein Zusammengehen mit dem Bund der Landwirte, wenigstens in der Provinz Hannover, ins Auge faßt. Er schreibt nämlich:

„Es freut uns, daß die am Sonntag in Hannover abgehaltene Vertrauensmänner-Versammlung des Bundes der Landwirte ein gemäßigtes Vorgehen für angezeigt hält. Wir wollen wünschen, daß in diesem Sinne auch in der ganzen Provinz gehandelt wird. Dann ist ein Zusammengehen der Nationalliberalen mit den Anhängern des Bundes der Landwirte wohl möglich, vorausgesetzt, daß diese für den Mittellandkanal unbedingt eintreten. ... Jedenfalls ist eine solche Verständigung sehr wünschenswert, und von nationalliberaler Seite werden ihr sicher keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, wenn sie in ehrlicher Weise gesucht wird und ohne Beeinträchtigung unseres Parteiprogramms erfolgen kann."

Danach kann man ungefähr ermessen, wie die Nationalliberalen die Abwehr der Gefahren einer konservativen Mehrheit betreiben werden.

Ausland.

Frankreich. Ein neuer Schurkenstreich ist seitens des Generalstabes, der sein unendliches Gewebe von Verrat, Lüge und Mord bedroht sieht, gegen den Obersten Picquart geplant. Am gestrigen Mittwoch stand vor der Strafkammer gegen Picquart Termin an in der bekannten Beleidigungsklage. Picquart wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Vor Eintritt in die Verhandlung beantragte der Staatsanwalt Vertagung, da er soeben die Mitteilung erhalten habe, der Militärgouverneur von Paris habe gegen Picquart ein Verfahren wegen Fälschung eröffnet. Labori und Picquart protestierten mit Entrüstung gegen diese neueste Gemeinheit. Es handle sich nur um ein Manöver, sagte Labori. Der Generalstab könne die Wahrheit nicht mehr verbergen und möchte Picquart der Ziviljustiz entziehen, um ihn einer Bande Fälscher und Mörder auszuliefern, von der alles zu befürchten ist. (Lebhafter Beifall, der Präsident droht mit der Räumung des Saales.) Labori fährt fort: „Ich fürchte mich nicht, öffentlich zu erklären, daß man dieses neue Manöver erfunden hat, um Picquart der Militärjustiz zu überliefern, der man sicher ist." Labori bittet, mit dieser Infamie möglichst schnell zu enden und Picquart abzuurteilen.

Unter großer Spannung des Publikums erbittet jetzt Picquart das Wort, um folgendes zu erklären: „Ich bitte unbedingt um sofortige Aburteilung, aber ich lege Wert darauf, eine kurze Erklärung abzugeben. Ich habe hier offiziell eine neue gehässige Maßregel gegen mich vernommen, die ich heute morgen in den Zeitungen gefunden habe, aber nicht glauben wollte. Vielleicht bin ich heute abend schon in dem Cherche Midi (Militärgefängnis). Da ich also wahrscheinlich die letzte Gelegenheit habe, öffentlich zu sprechen, so will ich, daß man es wisse:

Wenn ich ein Ende nehmen sollte wie Lemercier-Picard oder Henry, so geschah ein Mord. Ich bin nicht der Mann, Selbstmord zu begehen. Was auch geschieht, die Ruhe meines Gewissens wird mich nie verlassen."

Das Publikum war eine Zeitlang erschüttert, dann brach es, während das Gericht sich nach dem Beratungszimmer begab, in lebhaften Beifall aus.

Nach zehn Minuten verkündet der Vorsitzende die Vertagung der Verhandlung auf unbestimmten Termin, weil das Gericht unter den jetzigen Umständen nicht im stande sei, die Handlung des Angeklagten unbeeinflußt zu beurteilen. Der Präsident fragt Labori, ob er im Namen Picquarts einen Antrag stellen wolle. Labori antwortet, Picquart weigere sich unbedingt, seine Entlassung aus der Haft zu erbitten. Darauf schließt der Präsident die Sitzung.

Das Publikum verharrt zunächst still, wie jedoch Picquart den Saal verläßt und langsam zwischen zwei Schutzleuten in Zivil einherschreitet, drücken ihm alle die Hand und plötzlich ruft das gesamte Publikum: Vive Picquart!

Picquart wurde nach dem Gefängnis La Santé verbracht. Um halb vier Uhr erschienen hier zwei Offiziere, um im Namen des Platzkommandanten die Auslieferung Picquarts zur Ueberführung nach dem Cherche Midi-Gefängnis zu verlangen. Der Direktor des Gefängnisses verweigerte die Auslieferung, weil er keinen Befehl dazu erhalten habe. Er begab sich sofort nach dem Gericht. Gleichzeitig fuhr der von dem Vorgang benachrichtigte Polizeipräfekt nach dem Gefängnis La Santé.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ In Erfurt wurde Genosse Rudolph wegen Beleidigung des Bürgermeisters von Sangerhausen durch einen Artikel in der Tribüne zu 100 M. Strafe verurteilt. Der Bürgermeister hatte in der Versammlung des Kreis-Kriegerbundes zu Bennungen am 17. Juli aus der großen Anzahl abgegebener sozialdemokratischer Stimmen geschlossen, daß auch eine Anzahl Kriegervereinsmitglieder sozialdemokratisch gewählt haben und hatte nach dem Vorbild des General Spitz diese Mitglieder Heuchler, Lügner und Betrüger genannt, außerdem die sozialdemokratische Presse beschuldigt, ihre Anhänger aufgefordert zu haben, in die Kriegervereine einzutreten, somit zur Heuchelei angestiftet zu haben. Der Herr Bürgermeister gab unter Eid zu, die Tribüne, die er seit dem Falle des Sozialistengesetzes lese, im Auge gehabt zu haben. Er habe sie aber nicht genannt, sei aber auch nicht im stande einzelne Fälle angeben zu können.

Parteinachrichten.

— **Einen unbegreiflichen Verstoß** gegen die sozialdemokratische Anschauung hat sich die Redaktion der Rheinisch-Westfälischen Arb.-Ztg. zu schulden kommen lassen. Am Freitag empfahl sie in einer kurzen Lokalnotiz die Prügelstrafe für anarchistische Mörder. Die bürgerliche Presse frohlockte darüber. Statt nun den begangenen Verstoß gutzumachen, erneuert die Redaktion durch einen Leitartikel in Nr. 218 ihr Verlangen. Sie meint, durch Prügel ließen sich anarchistische Morde verhindern. Sie schreibt wörtlich:

„Es kommt also darauf an, ob Prügel wirklich einen Mord zu verhindern geeignet sind. **Diese Frage bejahen wir, soweit es sich um anarchistische Mörder handelt.**"

Auf die Sophismen, die zur Scheinbegründung der Prügeltheorie angeführt werden und aus denen der ganze Artikel zusammengesetzt ist, braucht nicht eingegangen zu werden. Vorstehender Satz genügt. Die deutschen Parteigenossen werden erstaunt und entrüstet sein, daß in der Redaktion eines Arbeiterorgans solche Anschauungen, die eines Sozialdemokraten unwürdig sind, gesagt werden können. Die Dortmunder Genossen haben die Pflicht, die Redaktion ihres Blattes zu desavouieren. Es ist eine Schmach, daß so etwas geschrieben werden kann, eine viel größere Schmach noch, als der deutschen Parteipresse durch die bekannte Auslassung eines anderen Parteiorgans nach der Verurteilung des Genossen Schröder-Essen zugefügt worden ist.

— Die Kreiskonferenz für den Landtagswahlkreis Lennep-Remscheid-Solingen lehnte gegen eine Stimme die Beteiligung an der Landtagswahl ab und beauftragte den Delegierten auf dem Stuttgarter Parteitag, für Beseitigung des Hamburger Beschlusses einzutreten.

— Zwei Arbeitersekretärstellen für Frankfurt a. M. mit je 2000 M. Gehalt sind bis 1. Januar 1899 zu besetzen; die eine hauptsächlich für Auskunftserteilung, die zweite für die Leitung des Gewerkschaftskartells und gewerkschaftliche Agitation. Bewerbungen mit kurzem Lebenslauf sind bis längstens 1. Oktober an Hans Elbert, Bildhauer, Hanauerlandstraße 70, Frankfurt, zu richten.

Gewerkschaftliches.

Der Bäckerstreik in Hamburg ist in einer Versammlung der Bäcker für beendet erklärt worden. Von 924 Gesellen arbeiten 751 zu den neuen Bedingungen, so daß der Ausgang des Streikes als Sieg der Arbeiter zu betrachten ist. Der Boykott der Bäckermeister, die nicht bewilligt haben, bleibt bestehen. Ueber letztere bleibt ferner auch für Gesellen die Sperre verhängt.

Bergarbeiterstreik. Die gesamte Belegschaft des Zinkwerkes „Hugohütte" in den Betrieben des Grafen Henckel v. Donnersmarck bei Antonienhütte ist ausständig, da sie einen höheren Lohn verlangt. Neun Hochöfen mußten außer Betrieb gesetzt werden.

Die Stuccateure in Elberfeld werden am Donnerstag die Arbeit einstellen, um die Durchführung eines Lohntarifs zu erlangen. Eine größere Firma hat bereits den Tarif eingeführt und man hofft, daß auch in einigen anderen Geschäften ohne Streik die Differenzen beigelegt werden.

Schwarze Listen. Die Vereinigung der Berliner Lederwaren-Fabrikanten hat im Hinweis auf den Streik bei der Firma Fischer u. Richter ein Zirkular erlassen, in dem 19 Arbeiter bekannt gegeben werden, die am Streik beteiligt sind.

Das erste Todesurteil.

Erzählung aus dem Leben eines Königs
von Anton Ohorn.

2]

Die Stimme des Geheimrats zitterte leicht und der König sagte:

„Ich verstehe. Sie meinen, Ihr Herz könnte mitsprechen und Partei nehmen — ich danke Ihnen für diesen aufrichtigen Hinweis. — Lassen Sie mir das Schriftstück hier, ich will mit mir selbst zu Rate gehen."

„Liegt noch etwas Wichtiges vor?"

„Nichts von besonderer Dringlichkeit, Majestät!"

„Dann verschieben wir das weitere, ich bin nach dieser Vorlage nicht in der Stimmung, Nebensächliches zu erörtern."

Der König erhob sich, im gleichen Augenblick mit ihm der Geheimrat; eine gnädige Handbewegung des Fürsten, ein kurzes huldvolles Wort, dann eine tiefe Verbeugung des alten weißhaarigen Herrn — und lautlos fiel hinter letzterem die Portiere nieder. Aber ihm war's, als klänge an sein Ohr noch einmal das Wort: Leben und Tod in meiner Hand!

Der König war ans Fenster getreten und hatte mit raschem Griff die Markise emporgezogen. Hell fiel der einbrechende Lichtstrahl auf sein schönes, edles, von dunklem Haar umrahmtes Gesicht und umflutete die hohe, schlanke Gestalt in dem schlichten hellgrauen Gewande. Wetterwolken waren am Himmel aufgestiegen und wälzten sich mit unheimlicher Schnelle schwer über das lichte Blau; der Wind erhob sich bereits und rauschte durch die Baumkronen im Parke und trieb den glänzenden Strahl der Fontäne, in tausend Tropfen ihn zerstäubend, seitwärts gegen das Schloß. Der junge Fürst aber war nicht bei der Natur und den Elementen, an seinem geistigen Auge gingen noch einmal die Bilder vorüber, welche der greise Rat geweckt hatte — das verlassene verzweifelnde Mädchen, der zum Tod getroffene Bräutigam an der Kirchenschwelle und der fürchterliche Rächer seines verratenen Kindes, der todestrotzige Vater.

Fernhin grollten die ersten Donner des heranziehenden Gewitters, und mit langsamen, schweren Schritten ging jetzt der junge Fürst durch die Reihe der Gemächer und Säle, die an sein Arbeitszimmer sich anschloß, und während sein Fuß ihn lautlos über die weichen Teppiche führte, arbeitete seine Seele und ängstete sich vor dem Gefühle der Verantwortung, die auf sie gelegt war. Mit redlichem Wollen und mit heiligem Ernste hatte er den Thron seiner Väter bestiegen, beseelt von jener heißen Gerechtigkeitsliebe, die ohne Ansehen der Person waltet, und die ihm als der erste Grundpfeiler des Staates gilt. Fiat justitia, et pereat mundus: Es walte Gerechtigkeit, und wenn die Welt darob zu Grunde ginge — das hatte sein alter hochverehrter Lehrer ihm eingeprägt, das hatte er sein ganzes junges Leben hindurch geübt, ohne jemals zu zaudern, oder zu überlegen, heute aber schien ihm die Hand gebunden, die mit einem Federzug das Recht bestätigen sollte, das sein Gerichtshof nach weiser Erkenntnis der Gesetze gesprochen hatte.

Das erste Todesurteil! Darin lag's. Mit höchster Spannung mußte das Volk dieser ersten Entschließung seines Königs entgegensehen, ob er dem Rechte seinen Lauf lassen, ob er von seiner Begnadigungsbefugnis Gebrauch machen werde. Wenn er das Urteil bestätigte, würde man ihn nicht für hart und blutgierig halten? Wenn er begnadigte, würde man nicht seine Milde mißdeuten als laue Gerechtigkeit und würde sie nicht vielleicht dem Bösen und Verbrecherischen gar Vorschub leisten? Welche Folgen wären die minder schweren, was käme dem Volke mehr zu Nutzen? — Es wollte ihm scheinen, als ob es besser sei, den Spruch des Gerichts zu Recht bestehen zu lassen, und langsam trat er heran an seinen Arbeitstisch, tauchte die Feder in das Tintenfaß und hob die Hand, während sein Auge noch einmal mechanisch das Urteil überflog.

Da flammte der erste leuchtende Blitz herein in das Gemach, sein fahler, grünlicher Schein zuckte über das verhängnisvolle Papier, als hätte der Himmel selbst einen Riß hindurchmachen wollen, und der König legte die Feder nieder und trat wieder an das Fenster. Das Gewitter war mit aller Macht angebrochen; die alten Rüstern stöhnten und knarrten; und aus ihren grünen Kuppeln goß der Regen nieder und legte sich wie ein grauer, flüssiger Schleier über den Park. Einige Augenblicke vergaß der junge Fürst die Bedrängnis seiner Seele und sah hinein in die spielenden Blitze und lauschte der machtvollen Wettersymphonie, wenn sie mit des Donners Orgeltönen einsetzte.

Dann begann er aufs neue seine Wanderung durch die matterhellte Reihe der Prunkgemächer und erwog genauer die einzelnen Umstände der grausigen Begebenheit, die zu ihm um Sühne schrie.

Ein alter Vater und sein einziges Kind, das er so unsäglich lieb hatte, wie der alte Geheimrat von Helfinger seine Tochter; dies Kind entehrt, verzweifelnd und in den Tod gejagt, freventlich geopfert von Leichtsinn, Uebermut und Sinnesrausch — und für all das keine Sühne vor dem Gesetz und keine Genugthuung. Der Verführer in Glück und in Ehren, das unselige Mädchen tot und der alte Vater allein ohne Freude und Hoffnung, ohne Licht und Stern, ohne Hilfe und Schutz. Dagegen: — hatte das Mädchen nicht die Schuld, daß sie hinter des Vaters Rücken das verderbliche, sündhafte Verhältnis gepflegt? Hatte ihr Entgegenkommen, ihre Eitelkeit, von dem reichen, angesehenen Kaufherrnsohne geliebt zu sein, vielleicht ihn nicht erst kühner gemacht, so daß er nahm, was ihm geboten ward? Mußte sie nicht selbst einsehen, daß sie nach Lebensstellung und Vermögen nicht für ihn paßte und darum rückhaltender sein? — Hart und grausam war's, wie er sie täuschte, aber ohne Schuld war wohl auch sie nicht. — Und hat Ziegler sie in den Tod gejagt oder das eigene Schuldbewußtsein — wer mags entscheiden? Der Vater selbst konnte das nicht, er war Partei — trotzdem machte er sich zum Richter und zum Rächer, hat nach reiflicher Ueberlegung mit raffinierter Berechnung, mit kaltem Blute, im Momente des höchsten Glücks den Bräutigam an der Seite der Braut niedergeschlagen. Ja, wär's ein Akt der Raserei gewesen und hätte er den Mord begangen am Tage, da man ihm die Leiche der geliebten Tochter, triefend von der tödlichen Flut, in's Haus trug!

(Fortsetzung folgt).

Heiteres.

Auch ein Grund. „Warum habt Ihr Euren alten Dorfpolizisten eigentlich abgesetzt?"

Bauer: „Der war schon so alt und schwach, daß er — wenn in seiner Nähe 'mal a Rauferei entstand — net mehr schnell genug weglaufen konnte."

Die Hauptsache. Bekannter: „Also Sie unterrichten die Kinder des Restaurateurs Müller gegen freies Mittagessen? Haben Sie denn schon gute Erfolge?"

Klavierlehrer: „O ja, ich habe bereits zehn Pfund zugenommen!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980923-13/fragment/page=0002
DFG

Es wird von den Fabrikanten verlangt, daß sie von der Einstellung der Streikenden Abstand nehmen.

Ausland.

England. Streiks in England im Monat August. Dem Arbeitsamt des englischen Handelsministeriums wurden im August 45 neue Streiks, an denen 10457 Personen beteiligt waren, gemeldet. Im Juli waren es deren 33 mit 8753 Personen, im August 1897: 60 mit 15269 Personen. Von den 53 alten und neuen Konflikten, deren Beendigung im August gemeldet wurde, sind 20 mit nur 4878 Personen zu gunsten der Arbeiter beendet, 14 Konflikte, an denen 103953 Personen beteiligt, schlossen günstig für die Unternehmer ab, während 19 mit 6208 Personen durch Vergleich beendet wurden. Der bedeutendste Streik, der in diesem Monat zu Ende kam, ist bekanntlich der Bergarbeiter-Streik in Süd-Wales.
Eine Erhöhung des Lohnes erlangten 187600 Personen, 800 mußten eine Herabsetzung über sich ergehen lassen. Die durchschnittliche Erhöhung beträgt pro Kopf und Woche 1,30 M.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 22. September 1898.

* **Ein Unglücksbahnhof** scheint der hiesige Bahnhof werden zu wollen. In den letzten Wochen mußte über mehrere Unfälle berichtet werden. Kaum ist das Opfer der vorigen Woche der Erde übergeben worden, da verletzte sich am Dienstag abend in der Hauptwerkstätte ein Arbeiter so schwer, daß er im Korb nach der Klinik gebracht werden mußte. Mittwoch nachmittag trugen sich gleich zwei Unfälle zu. Dem Arbeiter Saul wurde der rechte Arm schwer gequetscht, und der Depeschenbote Heinecke wurde von der Maschine eines Rangierzuges erfaßt und so verletzt, daß sein Leben ernstlich gefährdet ist. — Sollte das Hasten und Antreiben der Leute bei der Häufung der Unfälle eine Rolle mit spielen?

* **Städtisches Meldeamt und General-Anzeiger.** Wir haben vor kurzem schon den Verdacht aussprechen müssen, daß das städtische Meldeamt dem General-Anzeiger Mitteilung über die zugezogenen Personen zukommen läßt, so daß das Blatt in der Lage ist, die Neuangezogenen mit einer aufdringlichen Einladung zum Abonnement zu belästigen. Ein direkter Beweis für unsere damalige Behauptung ist in der Thatsache zu erblicken, daß einem Arbeiter, der im Laufe dieses Monats nach Halle gezogen ist, zwei Tage nach seiner polizeilichen Anmeldung die bekannte Dreierkarte des General-Anzeigers mit vollständiger Adresse des Empfängers durch die Post zuging. Die Karte lautet in ihrem ersten Teile:

Halle a. S., Datum des Poststempels.

P. P.

Hierdurch beehren wir uns, Ihnen mitzuteilen, daß wir unsere Trägerin beauftragt haben, Ihnen den General-Anzeiger für Halle und den Saalkreis (Amtliches Verordnungsblatt des Magistrats) **von heute an 10 Tage lang gratis** zuzustellen. Wir bitten Sie freundlich, den Inhalt der Zeitung zu prüfen und soll es uns angenehm sein, Sie später zu unseren ständigen Abonnenten zählen zu dürfen. . . . .

Wie kommt das städtische Meldeamt dazu, einer einzelnen Privatperson bez. einem einzelnen Blatte Hilfe zu leisten bei Gewinnung neuer Abonnenten? Wird diese Beihilfe bezahlt? Wo wird da die Einnahme gebucht? Oder wenn die Arbeit nicht bezahlt wird, besolden die städtischen Steuerzahler die betreffenden Beamten des Meldeamts zu dem Zwecke, daß sie ihre Kraft in den Dienst einer Privatperson stellen? Die Stadtverordneten haben unbedingt die Pflicht, dieser mehr als sonderbaren Vergünstigung gegenüber Stellung zu nehmen.

* **Druckfehler.** In dem Theaterbericht der vorgestrigen Nummer muß es heißen ersten (statt ernsten) Gespräch mit dem Fürsten; die übrigen Rollen (statt Stellen).

* **Die linke Hand durchbohrt** hat sich in der Arbeit der Former Louis Wangemann aus Büschdorf. Der Eisenstab durchdrang die Hand.

* **Stadttheater.** Am Freitag gelangt (für hier als Novität) Grillparzers historisches Trauerspiel „Die Jüdin von Toledo" zur ersten Aufführung. Das Werk, welches im Nachlaß Grillparzers gefunden wurde, hat namentlich am Deutschen Theater in Berlin, mit Agnes Sorma und Joseph Kainz in den Hauptrollen, eine große Anzahl von Aufführungen erlebt und ist dort ständig auf dem Repertoir. Herr Oeser, der neu engagierte jugendliche Held, wird gelegentlich dieser Aufführung in einer größeren Fachrolle auftreten. Das Werk ist vom Oberregisseur Wischhusen in Scene gesetzt. — Für Sonnabend steht, als erste Opern-Vorstellung, Wagners „Lohengrin" auf dem Repertoir.

Giebichenstein. Zur Mittelschulfrage. Die Debatte über die Errichtung einer Mittelschule für unseren Ort unter Aufhebung der ersten Bürgerschule zeigte den Gegensatz, der in dieser Frage zwischen unseren Genossen und den anderen Gemeindevertretern besteht. Letztere befürworteten die stufenweise Einrichtung der Mittelschule, so daß von Ostern 1900 an keine Kinder mehr in die Bürgerschule aufgenommen werden sollten und die Mittelschule sich demnach jedes Jahr um eine Klasse ausbaut, während gleichzeitig von der Bürgerschule eine Klasse nach der andern wegfällt. Zugleich sollte die Regierung ersucht werden, die Genehmigung zur Erhebung von Schulgeld auf weitere fünf Jahre zu erteilen. Demgegenüber verlangten unsere in der Gemeindevertretung sitzenden Genossen die Ablehnung der Errichtung einer Mittelschule und des Gesuchs auf weitere Erhebung des Schulgeldes. Die Mittelschule würde nichts weiter werden als eine Standesschule. Es solle vielmehr die allgemeine Volksschule in ihren Lehrzielen erhöht und auch sonst ausgebaut werden. Die Aeußerungen des Genossen Gerig sind im Bericht über die Sitzung insofern irrtümlich wiedergegeben, als Gerig nicht die Mittelschule als Mittelglied zwischen Volksschule und I. Bürgerschule bezeichnet hat, sondern umgekehrt ganz richtig hervorhob, die I. Bürgerschule werde nur als Mittelglied zur Erlangung einer Mittelschule benutzt. Leider blieben unsere Freunde in der Minderheit, und der Antrag auf Erhebung des Schulgeldes auf weitere fünf Jahre wurde angenommen und eine Kommission gewählt, welche die vorbereitenden Schritte zur Errichtung einer Mittelschule unternehmen soll.

Zeitz. Was die Arbeiter der Zeitzer Eisengießerei den Aktionären erarbeitet haben. Der Rechenschaftsbericht dieser Aktiengesellschaft giebt bekannt, daß das abgelaufene Geschäftsjahr wieder ein sehr zufriedenstellendes Resultat ergeben habe. Die Arbeit war so zahlreich vorhanden, daß fast das ganze Jahr hindurch Ueberstunden — d. h. von den Arbeitern, nicht etwa von den Aktionären — gemacht werden mußten. Beinahe 250000 Mark sind für Erweiterung und Verbesserung der Betriebseinrichtungen und Werkstätten verausgabt worden, damit das Werk besser und rentabler funktioniere. Es sind Erweiterungen und Neuanlagen geschaffen worden: 1. Erweiterung und Umbau der Gießerei; 2. Erweiterung und Neubau der Schleiferei; 3. Einrichtung der Kesselschmiede für größere und stärkere Dampfkessel und andere Blecharbeiten, sowie zur Verarbeitung von Siemens-Martin-Blechen durch Aufstellung entsprechender Bohrmaschinen und Einführung hydraulischer Nietung; 4. neue elektrische Kraftanlage und Einrichtung diverser elektrischer Gruppenantriebe in den verschiedenen Werkstätten; 5. diverse neue Spezialwerkzeugmaschinen in der mechanischen Werkstatt; 6. im Bau begriffen ist noch eine Verlängerung und Erweiterung der Montagewerkstatt. Das alles genügt aber noch nicht, und so sollen in nächster Zeit weitere Verbesserungen folgen. Der Bruttoüberschuß des letzten Geschäftsjahres beträgt 407790 36 M., diese sollen verwendet werden nach dem Beschluß des Aufsichtsrats: zur Abschreibung auf Grundstück- und Gebäude-Konto 23486.85 M., zur Abschreibung auf Maschinen-, Utensilien- und Werkzeug-Konto 27126.69 M., als Rückstellung auf Debitoren 15000 M., zur Tantieme an den Aufsichtsrat 16883 74 M., zur Tantieme an den Vorstand, die Beamten und zur Verwendung im Interesse der Arbeiter 33767.48 Mark, zum Beamten Pensionsfonds 13507 M. Vom Restgewinn erhalten die Aktionäre **264000 M.**, als Gratifikation an die Arbeiter werden 8000 M. verteilt.

Das alles haben die in der Fabrik beschäftigten Personen zusammengeschafft, und dafür erhalten — die Aktionäre 20 Prozent Entbehrungslohn. O selig! O selig! ein Aktionär zu sein.

Zeitz. Die Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins am Dienstag abend war gut besucht. Zur Verhandlung kam der erste Teil der deutschen Reichsverfassung. Genosse Leopoldt trug die einzelnen Artikel der Verfassung vor, hier und da Erläuterungen gebend. An mehrere der Artikel knüpfte sich eine lebhafte Diskussion an. In der nächsten Versammlung folgt die Fortsetzung über obiges Thema. Nach Beantwortung einiger Fragen über das Landtagswahlgesetz wurden noch geschäftliche Sachen erledigt. Gewünscht wurde, daß die nächste Versammlung noch besser besucht wird, wie die verflossene. Jedes Mitglied muß an den Verhandlungen teilnehmen.

Weißenfels. Achtung! Nächsten Sonntag, den 25. September, finden in Schumanns Garten die Vertreterwahlen der Ortskrankenkasse II statt und zwar haben nachmittags von 2—4 Uhr alle großjährigen männlichen Mitglieder 79 männliche Vertreter zu wählen; von 4—5 Uhr haben die weiblichen Mitglieder 12 weibliche Vertreter zu wählen; von 5—6 Uhr wählen die Arbeitgeber. Stimmzettel sind vor dem Lokal zu haben. Seit Jahren ist von den Arbeitgebern und mit Hilfe des Vorsitzenden mit reaktionärer Rücksichtslosigkeit gekämpft und gearbeitet worden gegen Anträge, welche im Interesse der Mitglieder gestellt waren. Ebenso waren die Antragsteller den Herren Arbeitgebern stets ein Dorn im Auge, weil sie für freiheitliche Ideen eintraten. Es erwächst nun die Notwendigkeit, bei der bevorstehenden Vertreterwahl auf dem Posten zu sein und die nächsten Generalversammlungen aus Vertretern zu sammenzusetzen, welche auch auf diesem Gebiete für die Interessen der Mitglieder wirken. Also alle großjährigen Mitglieder zur Wahl.

Weißenfels. In der Seilerschen Streikangelegenheit hat eine zweite polizeiliche Vernehmung stattgefunden. Wie es scheint, bemüht man sich, eine wirkliche Anklage noch fertig zu stellen. Seitens des die Vernehmung führenden Beamten sind dem Betreffenden in heftiger Weise Vorhaltungen gemacht worden, daß er nach der ersten Vernehmung dem Genossen Junghaus Mitteilung davon gemacht hat und daß es dann in der Versammlung vorgebracht worden ist! Wir fragen: Soll auch dies verboten sein?

Naumburg. „So ER spricht, so geschieht es, und so ER gebeut, so steht es da"?? Nicht wenig erstaunt waren vor kurzem einige besonders ruhige und wohlmeinende Bürger, als sie an der Ecke einer noch unfertigen Straße ein großes blaues Schild erblickten mit der Inschrift: Wilhelm Wagner-Straße. „Nanu", hieß es, „das ist ein Schwupper des Magistrats. Es soll natürlich: „Richard Wagner-Straße" heißen." So hielt man denn an Ort und Stelle einen Rat, ohne zur Klarheit zu kommen. Mehr und mehr Leute sammelten sich, darunter auch ein Trupp Arbeiter. „Du, Wilhelm," rief einer von ihnen, „sieh mal an, jetzt tauft man gar Straßen schon nach Dir. Hoch Kraatz!" (Der Arbeiter hieß nämlich Wagner Wilhelm.) Es wurde also dem Herrn Oberbürgermeister vom Volke sozusagen eine Ovation bereitet. Gerade aber das fanden die ruhigen und wohlmeinenden Bürger wenig ersprießlich, unliebsam und unerquicklich. Sie gingen pikiert davon, fragten Begegnende möglichst oft nach der Wilhelm Wagner-Straße und erörterten dieses wichtige Thema auch an den Stammtischen.

Auch Stadtverordnete wurden mit Vorliebe nach der neuen Straße gefragt, worauf fast alle, in ihrer Würde gekränkt, erwiderten: „Eine Wilhelm Wagner-Straße giebt es nicht, denn gerade wir müßten sie doch sonst kennen!" Für diese „Ignoranz" ernteten die Stadtväter Spott und anzügliche Redensarten: „Wozu seid Ihr denn da, wenn Ihr nicht einmal wißt, wie neue Straßen getauft werden?" Die Erregung stieg. Endlich kam Licht in das Dunkel. Man erinnerte sich der Thatsache, daß wir einen Ehrenbürger Wilhelm Wagner haben, seines Zeichens Geheimer Sanitätsrat und ehemals langjähriges Magistratsmitglied. Dieser Wilhelm Wagner, ein sehr reicher Mann, empfing eines Tages den Besuch des unseren Lesern genugsam bekannten treuesten Kraatzfreundes, des Geheimen Sanitätsrats und Stadtrats Dr. Köster, der von seinem Freimaurerbruder Kraatz im Verwaltungsbericht amtlich zum „genialen Dichter" befördert worden war. Kurz nach diesem Besuche stiftete der alte Ehrenbürger Wagner 450 M. zum Ankauf des unseren Lesern ebenfalls bekannten Kraatzbildes mit goldenem Prunkrahmen, das jetzt im Sitzungszimmer des Magistrats prunkt. Unglaublich, aber wahr: diese Bildgeschichte steigerte den kommunalen Sturm im Glase Wasser! Mehr und mehr Nörgler und Uebelwollende redeten je länger, je häufiger von einer „Bild-Straße". Hieß es früher: „Wo ist die Wilhelm Wagner-Straße?" so hörte man jetzt überall die Frage: „Wissen Sie, wo die Bild-Straße ist?" Nicht genug damit! Viele Bismarckverehrer fanden es unerhört, daß man amtlich ihrem Säkularüberheros, der doch auch Ehrenbürger von Naumburg war, den bürgerlichen Bilderstifter und Ehrenbürger vorgezogen habe. Ergrimmt entschieden die Verehrer der alten Raketenkiste dahin: „Unser Bismarck darf nicht in so schnöder Weise zurückgesetzt werden: Bismarck-Straße muß die neue Straße heißen, Wilhelm Wagner kann warten." Auch diese Mißvergnügten redeten nunmehr oft und kräftig von der neuen Bild-Straße, aber niemals von der Wilhelm Wagner-Straße.

So nahm der Sturm im Glase Wasser noch weiter zu, bis eines Tages das schöne neue Straßenschild verschwand. Die Wilhelm Wagner Straße ist also wieder namenlos.

Wir hätten die ganze Geschichte kaum erwähnt, wenn sie nicht wiederum zeigte, wie selbstherrlich Kraatz nach wie vor „regiert". Schon im vergangenen Jahre forderten einige Stadtverordnete, daß ihrer Versammlung bei der Benennung neuer Straßen das Recht der Mitwirkung eingeräumt werden möge. Kraatz — schwieg! Obgleich dieses Schweigen von zwei Stadtverordneten ganz richtig als Ablehnung gedeutet wurde, war die Versammlung anderer Meinung und that — nichts. Der Magistrat taufte, wie unser gegebenes Beispiel zeigt, selbstherrlich weiter.

An welcher Straßenecke wird nun Wilhelm Wagner und an welcher Bismarck unterkommen? Ist die Wegnahme des Schildes nicht eine Beleidigung des alten Ehrenbürgers und Bilderstifters Wilhelm Wagner? Diese Frage hat Kraatz zu entscheiden, der im Verwaltungsbericht amtlich die Schülerbelehrung an Bürger und Stadtverordnete richtete:

„Nur wer mit klarem Geist Umschau hält, wird am Ende seines Wirkens mit Befriedigung auf seine Thätigkeit zurückschauen können. . . Man darf . . . nur wagen, was man wohl erwogen hat . . . jeder Herr ist nur ehrenwert, wenn er treu seinem gegebenen Worte handelt . . ."

Sehr geschmackvoll hat ein hochweiser Rat uns bereits mit einer Chaussee-Straße beschenkt. Wie wäre es, wenn die ehemalige Wilhelm Wagner-Straße, resp. Bild-Straße, „Neue Chaussee-Straße" oder Kraatz-Straße getauft würde?

Hohenmölsen. Als freie Innungen fortbestehen wollen auf Beschluß die Innungen der Sattler, Schmiede, Stellmacher, Schneider, Kürschner, Seiler, Barbiere, Tischler, Glaser, Böttcher, Korbmacher, Drechsler, Buchbinder, Schlosser, Klempner, Uhrmacher, Kupferschmiede und der Schuhmacher. Sie wollen sich zu einer allgemeinen Handwerker-Innung zusammenschließen.

Osterfeld. Der Arbeiter Gerbig aus Weickelsdorf stürzte auf der Schwelerei Stolzenhain in den Kohlentrichter und wurde von den nachstürzenden Kohlen erstickt.

Landsberg. Als freie Innungen wollen bestehen bleiben die Sattler, Kürschner, Seiler, Böttcher und Stellmacher.

Halberstadt. Ein zu errichtendes großes Elektrizitätswerk soll die Stadt und alle im Umkreise von 14 Kilometern liegenden Ortschaften mit elektrischer Kraft zu Beleuchtungs- und Betriebszwecken versehen.

Kleinere Provinzial-Nachrichten.

In Nienburg a. S. wurde in einer Thoreinfahrt die Leiche eines neugebornen Kindes gefunden. — In Nordhausen stürzte auf dem Jahrmarkte ein Dachdecker aus der Gondel einer amerikanischen Luftschaukel, als sie im höchsten Schwunge sich befand. Er trug schwere Verletzungen davon. — In Weißenfels wurde der Buchhalter Hünier von dem Arbeiter Großer nach nach einem Streite mehrmals mit dem Messer gestochen, doch sind die Verletzungen nicht gefährlich. — Bei Naumburg wurde der Gutsknecht Jeschonek von seinem Geschirr über die Brust gefahren, so daß der Tod bald eintrat. — Bei einem Sturze vom Wagen zog sich der Bierfahrer Wiedau von der Hädickeschen Brauerei in Döllnitz sehr schmerzhafte Verletzungen zu. — In Roda wurde der Sohn des Landwirts Ebeling durch die Explosion einer alten Patrone am Auge bedenklich verwundet. — In Altenburg bei Naumburg stürzte ein dreijähriges Kind zwei Stockwerke herab, doch kam es mit geringen Verletzungen davon. — In der Elster ist bei Wesenitz ein Fischotter beobachtet worden. — In Obergreißlau bei Weißenfels hat sich der Landwirt Karl Fritzsche aus unbekannten Gründen erschossen.

Gerichtssaal.

Schöffengericht.

Sie werden wieder munter. Ein Nachspiel zur Reichstagswahl kam in der Sache des Maurergesellen Genossen Ernst Schlieder aus Nietleben in Form einer Unfugsklage zur Verhandlung. Der Angeklagte soll am 22. Mai d. J. in einer im Langrock'schen Restaurant in Dölau stattgehabten sozialdemokratischen Wählerversammlung dadurch groben Unfug verübt haben, daß er die Teilnehmer der Versammlung aufforderte, sie sollten nicht in solcheen Lokalen verkehren, deren Wirte den Arbeitern ihre Säle nicht zu Versammlungen geben. Es sei nicht möglich, in Nietleben einen Saal zu Versammlungen zu bekommen; das Geld der Arbeiter sehen die Wirte wohl gern, aber daß die Arbeiter ihre dringensten Angelegenheiten dort erörtern, das gestatten sie nicht. Im Anschluß hieran soll dann der Angeklagte die Wirte Berendorf und Haak in Nietleben genannt haben, die ihre Säle ebenfalls nicht zu Versammlungen hergeben. Der Angeklagte bestreitet, die Namen genannt zu haben, und behauptet, er habe sich nicht strafbar gemacht. Er habe nur im allgemeinen angedeutet, wie man der Saalverweigerung begegnen könne.

Der Amtsanwalt Weydemann erachtete Verübung groben Unfugs für festgestellt. Der Boykott richte sich gegen zwei Gewerbetreibende, und nicht bloß die, sondern auch andere, die ihre Säle nicht zu sozialdemokratischen Versammlungen hergebeben, sind „beunruhigt" worden; er beantrage eine Woche Haft.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Herzfeld II, meint, wir leben in einer Zeit, in der alles Mögliche in den Unfugsparagraphen hineingepaßt werde, was früher nicht als Unfug angesehen wurde. Daß die Aufforderung zum Boykott in der Presse nach dem § 360, Abs. 11 strafbar ist, sei von höheren Gerichten entschieden, obwohl man in seinem juristischen Gewissen anderer Meinung darüber sein kann. Jedoch man habe sich nun einmal mit den Urteilen der höchsten Instanzen abzufinden. Wenn nun diese Gerichte aber den kleinen Finger geben, dann nehme man nachher bei Erhebung neuer Anklagen gleich die ganze Hand. Es sei doch jedenfalls etwas anderes, wenn eine Zeitung, die jedem zugänglich ist, boykottiert, als wenn jemand in der Versammlung unter Freunden und Parteigenossen sagt, unterstützt den nicht, der giebt uns seinen Saal nicht zu Versammlungen. Jeder unterstützt gern seine Freunde und geht dorthin, wo er gern gesehen wird, und warum sollten es die Sozialdemokraten nicht auch so machen? Eine allgemeine Beunruhigung habe nicht stattgefunden und der Angeklagte sei deshalb freizusprechen.

Der Vertreter der Anklage meint, er könne keinen großen Unterschied darin finden, ob jemand durch die Presse, oder durch eine Versammlung boykottiert wird. Der Angeklagte habe seine Worte nicht bloß an die Versammelten, sondern an alle Parteigenossen gerichtet. Die Hunderte von Versammlungsbesuchern tragen doch die Sache weiter. Der Verteidiger entgegnet hierauf ganz mit Recht, daß die weitere Verbreitung nicht die Schuld des Angeklagten sei; er könne doch dafür nicht verantwortlich gemacht werden, was andere thun. Solle das Recht der freien Meinungsäußerung bestehen bleiben, so müsse der Angeklagte freigesprochen werden. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten aber zu vier Tagen Haft und zwar mit der altbekannten Begründung, daß eine Geldstrafe nicht angängig sei, da diese den Angeklagten nicht treffe, sondern von der Parteikasse gezahlt würde. Nicht bloß die zwei genannten Personen, sondern alle die Leute in der Umgebung von Halle, die ihre Säle den Sozialdemokraten nicht zur Verfügung stellten, konnten sich beunruhigt fühlen, hieß es in der Urteilsbegründung.

Aus dem Reiche.

Berlin. Ein Zeuge sollte in 20 Mk. Strafe genommen werden, weil er vor Gericht im vollständigen Sportskostüm erschienen war. Der Gerichtshof nahm nur deshalb von der Bestrafung Abstand, weil der Radfahrer über das Trikot noch ein Jackett gezogen hatte.

Berlin. Der Romanschriftsteller Theodor Fontane ist im Alter von 79 Jahren verstorben.

Karlsruhe. Vom Grünnet. Als am Mittwoch früh nach 4 Uhr die in Acker einquartierten Chevauxlegers zu ihrem Sammelplatz ritten, schlug gerade bei der Aachbrücke in ihrer nächsten Nähe der Blitz mit heftigem Donnerschlag in die Aach. Der ganze Zug war nach bairischen Blättern wie niedergeschmettert und geriet außer Rand und Band. Die Pferde gingen durch, eines sprang mit seinem Reiter in die Aach, einem Mann wurden, er weiß nicht wie, die Stiefel vom Leibe gerissen, andere verloren ihre Lanzen und konnten sie bei der dichten Finsternis nicht mehr finden. Beim Abmarsch der Eskadron fehlten immer noch einige

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980923-13/fragment/page=0003
DFG

Reiter, und vier wurden durch den Blitzschlag so betäubt, daß sie nicht ausrücken konnten.

Arbeiter, Parteigenossen von Merseburg!

Abermals muß ich einem großen Teile der Genossen von Merseburg ins Gedächtnis rufen, daß uns hier am Orte ein großes Versammlungslokal zur Verfügung steht. Viele Arbeiter und Genossen handeln nicht darnach, sondern arbeiten uns gerade entgegen. Das muß anders werden. Genossen, wer es aufrichtig mit seiner Ueberzeugung meint, hat auch die verdammte Pflicht, mit allen Kräften dahin zu arbeiten, daß der Wirt der Funkenburg bestehen kann, denn, sollte es wirklich einmal eintreten, daß uns das Lokal verloren geht, so hat die Schuld daran ein großer Teil derjenigen Genossen, welche sich Sozialdemokraten nennen, aber nicht ihre Pflicht thun und ihre Vergnügen bei denjenigen Wirten abhalten, welche uns bei Anfragen nach ihren Sälen zu Versammlungen hohnlächelnd die Thüre weisen.

Arbeiter, Parteigenossen! Ihr wißt es alle, was es in Merseburg zu bedeuten hat, in dieser kleinen frommen Beamtenstadt, um mit dem Merseburger Kreisblatt zu reden, wenn sich ein Wirt so konsequent zeigt und auch der Arbeiterschaft seine Lokalitäten zur Verfügung stellt, wie derselbe von allen möglichen Seiten aufgehetzt wird, uns sein Lokal wieder zu entziehen. Wenn dann die Genossen nicht ihre Pflicht thun, so könnt Ihr Euch auch nicht beklagen, wenn der Wirt umschlägt. Unterzeichnetem hat der Wirt erklärt, daß er uns sein Lokal für immer zur Verfügung stellt, er erwartet aber auch von den Arbeitern und Genossen, daß er unterstützt wird. Gerade die Vergnügungsvereine, welche ja meistenteils aus Arbeitern, sogar zum großen Teile aus organisierten Arbeitern bestehen, sollten sich ihres Versprechens erinnern und ihr Wort halten, welches sie gegeben haben, als wir die Funkenburg erhielten und sich nicht selbst durch unsolidarisches Handeln ins Gesicht schlagen. Ich erwarte, daß sich alle auf ihre Würde als Arbeiter und Genossen besinnen. Auf einen Fall muß ich noch zurückkommen, und das betrifft die hiesige Filiale des Zimmerer-Verbandes; dieselbe hat bei Gründung der Zahlstelle den Saal zu ihren Versammlungen bereitwilligst bekommen und jetzt, nach einer kurzen Zeit, hat sie das Lokall im Stich gelassen und ist ausgezogen. Es ist sogar von derselben der Ausspruch gefallen, daß sie die Funkenburg nicht brauche, da sie zu ihren Vergnügen jederzeit das Tivoli oder das Kasino bekäme.

Arbeiter, Parteigenossen! Wenn man so etwas hört, dann weiß man nicht, unter welche Kategorie von Arbeitern man die Mehrzahl der Mitglieder der Zahlstelle des Zimmerer-Verbands rechnen soll. Ein derartiges Verhalten muß vor der Oeffentlichkeit gebrandmarkt werden. Die Zeit ist doch gerade ernst genug und es muß deshalb unsere doppelte Pflicht sein, unser Versammlungslokal hoch zu halten, denn man weiß nicht, was uns die Zukunft bringt.

Arbeiter, Parteigenossen! Mögen diese wenigen Zeilen den Zweck erreichen, jeder zum richtigen Bewußtsein kommen und danach handeln, damit man sich nicht wieder wegen des unsolidarischen Verhaltens einer großen Anzahl von Genossen in der Oeffentlichkeit zu beschweren braucht.

Hoch die Sozialdemokratie!

Auf, zur Erhaltung unseres Versammlungslokals! Das muß die Losung eines jeden einzelnen Arbeiters und Genossen sein.

J. A.: A. Thieme,
Vertrauensmann für Merseburg.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 20. September.

Aufgeboten: Der Packer Brockhaus und Bertha Klepzig (Ludwigstraße 26 und Thorstraße 30). Der Monteur Herden und Auguste Bennemann (Große Wallstraße 2 und Schützenstraße 18). Der Kaufmann Schramm und Lina Günther (Berlin und Pfälzerstraße 19) Der Hof-Inspektor Lippmann und Bertha Wiebach (Charlottenstraße 1 und Brunnengasse 15). Der Posthilfsbote Schumann und Bertha Fonfarra (Hermannstraße 27 und Nietleben). Der Lithograph Weigert und Anna Bühl (Augustastraße 6 und Marienstraße 7). Der Schlosser Diekmann und Selma Büttich (Osnabrück und Hochstraße 2). Der Gärtner Müller und Magdalene Lehmann (Wilhelmstraße 45 und Wilhelmstraße 18). Der Tapezierer Voigt und Selma Henniger (Hardenbergstraße 1 und Ackerstraße 1). Der Gerichtsreferendar Born und Therese Fischer-Brill (Halle und Leipzig). Der Bäcker Zeugner und Elise Fiß (Schleusingen). Der Kaufmann Keller und Elsbeth Rühlemann (Halle und Zörbig). Der Schneidermeister Petri und Martha Schirmer (Leipzig und Rödgen).

Eheschließung: Der prakt Arzt Dr. med. Steinhauer und Baleska Thoene (Naumburg und Kronprinzenstraße 51).

Geboren: Dem Kesselschmied Langwagen eine T. (Schlosserstraße 7) Dem Gendarm a. D. Girnuß ein S. (Jakobstraße 46). Dem Kriminal-Sergeanten Pflugmacher ein S. (Gödenstraße 6). Dem Kaufmann Thiele eine T. (Parkstraße 16). Dem Tischlermeister Grunwald eine T. (Rathausstraße 2). Dem Schlosser Lerche eine T. (Kleine Ulrichstraße 19). Dem Handarbeiter Otto ein S. (Ludwigstraße 22). Dem Stadtbahnwagenführer Lehmann ein S. (Hohenzollernstraße 36).

Gestorben: Auguste Hund, 21 J. (An der Schwemme 3). Des Brauer Hempel S., 4 Mon. (Friesenstraße 14). Der Privatmann Moehring, 74 J. (Magdeburgerstraße 40). Des Schuhmacher Oechel S., 2 Mon. (Große Wallstraße 4). Des Expedienten Jacob T., 1 Mon. (Merseburgerstraße 152). Des Maurers Pille S., 3 Tage (Klinik). Des Handarbeiter Völkner T., 3 J. (Langestraße 22). Des Arbeiter Berger Ehefrau Anna geb. Pohle, 23 J. (Klinik). Der Arbeiter Weise, 31 J. (Klinik). Des Kaufmann Thetmann T., 2 Wch (Große Brauhausstraße 22).

Für die Redaktion verantwortlich: Ad. Thiele in Halle.

Kinderstühle
wie Abbildung Stück **50** Pf., dieselben mit Loch und Schutzstange **1** Mk.
Kinderstühle
zum hoch und niedrig stellen Stück **6, 10, 14** Mk.
Nur beste Qualitäten.
C. F. Ritter,
Halle a. S., Leipzigerstraße **90.**

Konsum-Mitglieder.
Lieferant sämtlicher Konsum-Vereine von Halle und Umgegend.
Allgemeiner Konsum-Verein zu Halle a. S.
Bürger Konsum-Verein, Giebichensteiner Kons.-Verein, Beamten-Vereine, Brachstedter Konsum-Verein, Hausgenossenschaft Loests Hof, Weichensteller-Verein, Wanslebener Konsum-Verein, Nietlebener Konsum-Verein, Trothaer Konsum-Verein, Lettiner Konsum-Verein, Ammendorfer Konsum-Verein, Wettiner Konsum-Verein, Dölauer Konsum-Verein, Osmünder Konsum-Verein, Morler Konsum-Verein.
Verkauf gegen Konsum-Marken oder Barauszahlung auch den nicht angeführten Konsum-Vereinen zahle die entsprechenden Prozente bei Einkauf sofort aus oder gebe Wert-Marken.
Kaufhaus I. Ranges. **H. Elkan,** Leipzigerstrasse 87. Kaufhaus I. Ranges.

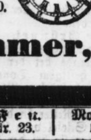
Konsum-Verein für Giebichenstein u. Umg.
(E. G. m. b. H.)
Die Mitglieder werden nochmals ersucht, den
Umtausch der kleinen Marken
bis zum **30. September** bewirken zu wollen, da später Marken nicht mehr eingetauscht und bei der Marken-Einziehung solche unter 1 Mark nicht angenommen werden.
Ausserdem ergeht an diejenigen Mitglieder, welche noch kein Mitglieds-Buch besitzen, die Aufforderung, die Mitgliedsbücher in den Verkaufslokalen sofort abzuholen, weil die Marken-Abnahme nur gegen Abgabe des Mitglieds-Buches erfolgt.
Der Vorstand.

Osterfeld.
Sonntag den 25. September nachmittags 3½ Uhr im Saale des Herrn Edm. Ehrweiss in **Lissen**
öffentliche Volks-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Die politische Lage. 2. Die Presse. Referent: Reichstagsabgeordneter **A. Thiele.** 3. Diskussion. 4. Gründung eines Arbeiter-Bildungs-Vereins. 5. Verschiedenes.
Zu dieser Versammlung ist Herr Amtsrichter Brunner eingeladen.
Entree pro Person **10** Pf. **Der Vertrauensmann.**

Weissenfels.
Das Vergnügen der organisierten Tabakarbeiter,
bestehend in
Gesangsvorträgen, Zitherkonzert und Ball,
findet **Sonntag den 25. September von nachm. 4 Uhr an in der „Centralhalle“** statt.
Hierzu ladet sämtliche organisierten Arbeiter, Arbeiterinnen und Genossen freundlichst ein **Das Fest-Komitee.**
Die auswärtigen Kollegen und Kolleginnen werden mit Musik und Fahne vom Bahnhof abgeholt.

Ein **dauerhafter** und dabei **billiger**
Fussbodenanstrich
ist unsere verbesserte
Bernsteinfussbodenlackfarbe,
dieselbe **trocknet über Nacht** und giebt den **schönsten Glanz.**
à Kilo 1.50 Mk., bei 10 Kilo 10 Proz. Rabatt.
E. Walthers Nachf., Moritzzwinger 1 u. Steinweg 26.

Spezial-Geschäft für Uhren.
Neue Uhren.
Remont.-Uhren Nickel Mk. 6.
Remont.-Uhren Silber „ 10.
Silb. Damen-Uhren „ 13.
Gold. Damen-Uhren „ 20.
Regulateure von „ 10.
Wecker von Mk. 2.50.



Reparaturen.
Neue Feder Mk. 1.
Neuer Uhrzeiger 10 Pf.
Neues Uhrglas 10 Pf.
Neuer Uhrring 10 Pf.
– **Garantie 1 Jahr.** –
C. Hammer, Uhrmacher,
Leipzigerstr. 42. Leipzigerstr. 42.

Freitag **Schlachte-Fest.** **W. Hitzschke,** Zeitz, Kalkstr. 23.

Morgen Freitag fr. Wurst u. Bratwurst **F. Bermich,** Zeitz, Mittelstr.

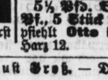
Metallarbeiter-Verband.
Filiale Zeitz.
Sonnabend den 24. September bei **Meinecks,** Schaarenstr.,
Versammlung.
Tagesord.: Wahl eines Delegierten zur Metallarbeiter Konferenz in Weimar. Geschäftliches. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen wünscht Gäste willkommen **Die Verwaltung.**

Stadt-Theater zu Halle a. S.
Freitag den 23. Sept. 1898
7. Vorstell. 6. Abonnem.-Vorstell.
Farbe: **rot.**
Die Jüdin von Toledo.
Historisches Trauerspiel in 5 Akten von Grillparzer.
Anfang 7¼ Uhr. Ende 10¼ Uhr.
Sonnabend den 24. Sept. 1898
Lohengrin.

Walhalla-Theater.
Direktion: **Richard Hubert.**
Neuer Spielplan!
Herr **Georg Raffo,** gen. „Herkules“, Bravour-Athlet mit seinem Riesen-Spielzeug. (Sensationell!) — Die **drei Traney's,** Bravour-Gymnastiker auf dem Stehtrapez und Schwungseil. — Die **vier Francois,** Gymnastiker am doppelten Reck. — Die Geschwister **Augustus** und **Margot,** Hand- und Kopf-Equilibristen. — **The Namruh's,** musikalische Burlesk-Komödianten. — Frl **Alma Bergensson,** schwedisch-deutsche Liedersängerin. — Die Geschwister **Gottlieb,** Original-Gesangs-Duettisten. — Herr **Karl Hischen,** Gesangs- und Charakter-Humorist.
Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Freitag **Schlachte-Fest.** **F. Strauch,** Meckelstraße 21.

Freitag **Schlachte-Fest.** **H. Joseph,** Thomasiusstraße 42.



Freitag **Schlachtefest.** **F. Vetter,** Martinstraße 8.

Freitag **Schlachte-Fest.** **M. Ruppert,** Zeitz, Messerschmidtstr. 20.

5½ Pfd. Brot I. u. II. Sorte 50 Pf., 5 Stück Brödchen, für 10 Pf. empfiehlt **Otto Hänel,** Geiststr. 46 und Harz 12.

Massage- und Dampf-Bade-Anstalt, Zeitz
Altenburgerstraße Nr. 51 (Altenburger Hof).
Täglich geöffnet: von 8–1 Uhr und 5–8 Uhr f. Herren, von 1–5 Uhr f. Damen. Sonntags von 8–1 Uhr nur für Herren.

Weissenfels.
Apollo-Theater.
Spielplan vom 16. bis 30. Sept.
Täglich große Vorstellung.
Louis La Chapelle, Bauchredner mit seinen äußerst beweglichen Automaten. — Frl. **Paula Piquet,** Handstand-Equilibristin. — **Les Taumas,** Transformations-Quartett. — Herr **Rudolf Olsen,** musikalischer Holzhacker (Trompeter von Säkkingen). — Fräul. **Edith Silva,** Kostüm-Soubrette. — **Die 3 Rigolettos,** Gymnastiker an der Luftleiter. — **Narcis Mertens,** Gesangs-Humorist.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Jeden Sonn- u. Feiertag v. 11–1 Uhr **große Matinee bei freiem Entree** sowie **2 Vorstellungen,** nachmittags 4 Uhr bei halben Preisen und abends 8 Uhr.

Karl Koch's Nährzwieback
seit 15 Jahren durch erstaunliche Erfolge mehr als bewährt, unter ärztlicher Kontrolle hergestellt, chemisch untersucht, kalkphosphathaltiges, Blut- u. Knochen bildendes Nährmittel ersten Ranges, ist in Packungen zu 10, 20, 30 und 60 Pf. erhältlich in
Karl Kochs Nährzwiebackfabrik, Halle a. S. und in allen besseren Kolonialwaren und Droguenhandlungen.

Großes **kräftiges Brot** empfiehlt **Fr. Ackermann, Zeitz,** Weberstraße 10

Heute fr. Schellfisch, Pfd. 15 Pf., Seelachs, Pfd. 20 Pf.
B. Osterloh, Steinweg 50.

Großes kräft. **Roggenbrot** I. und II. Sorte, sowie großes wohlschmeckendes **Frühstück** empfiehlt die Bäckerei von
W. Thiele,
Inhaber: **Fr. Schmidt.** Zwingerstr. 29.

Lederhandlung
Gr. Märkerstr. 2.
Filiale: Geiststr. 18.
Sohlleder-Ausschnitt
zu sehr billigen Preisen.

Empfehle täglich frisch:
Feinste geriebene
Hall. u. Berl. Napfkuchen
von feinster Sahnenbutter,
schles. Sträusselkuchen
gerieb. Apfel- u. Mohnkuchen,
echt Koch'schen Matzkuchen,
alle Sorten Tortenausschnitte, Stück 10 Pf.
Sonntag früh:
frischen Speckkuchen.
Karl Koch, Herrenstraße 1.

Central-Droguerie, Thalamtstraße 8,
anerkannt beste und billigste.
Seife von 17 Pf. an das Pfund.

Honigkuchen, Schokoladen, div. Zuckerwaren empfiehlt billigst bei streng reeller Bedienung die **Honigkuchen-, Schokoladen- u. Zuckerwaren-Fabrik** von **C. Tornow,** Inh.: **R. Schirmer** Leipzigerstr. 82, unt. Roten Roß.

Brot! Brot!
groß u. **wohlschmeckend,** nach Art des Thüring. Landbrotes. Alle Sorten Konsummarken.
Karl Koch, Herrenstraße 1.

Zeitungspapier, Papier- und Pappen-Abfälle, Sacklumpen usw. kauft stets
Kl. Brauhausstr. 20.

Brot-Buch verloren. Gegen Belohnung abzugeben **Reilstr. 112.**

Barchenthemden u. Hosen.
Normal-Hemden, Camisoles und Hosen.
Arbeitsblusen. Strickwesten etc.
Grosse Auswahl, billigste Preise.
Brummer & Benjamin.
Gr. Ulrichstr. 33.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621898092З-13/fragment/page=0004